

# Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 296

Anton Losinger

## Soziale Benachteiligung überwinden

Berufliche Bildung in der Wissensgesellschaft

J.P. BACHEM VERLAG

---

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen u. a. aus folgenden Bereichen:

*Kirche, Gesellschaft und Politik*

*Staat, Recht und Demokratie*

*Wirtschaft und soziale Ordnung*

*Ehe und Familie*

*Bioethik, Gentechnik und Ökologie*

*Europa, Entwicklung und Frieden*

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

### Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Brandenberger Straße 33**

**41065 Mönchengladbach**

Tel. 021 61/8 15 96-0 · Fax 021 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: [kige@ksz.de](mailto:kige@ksz.de)

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

### Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

---

2003

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1568-X

Dass wir uns heute an der Grenze bzw. an einem Übergang von der klassischen Industriegesellschaft zu einer Bildungsgesellschaft befinden, ist eine unbezweifelte Binsenweisheit. „Wissensgesellschaft“ heißt das Zauberwort, das als Erklärungsschema für die vielfältigen Wandlungsprozesse im Leben der Gesellschaft und einzelner Menschen herangezogen wird und erhalten muss.

Der Begriff „Wissensgesellschaft“ („Knowledge Society“) wurde von dem amerikanischen Soziologen Robert E. Lane geprägt<sup>1</sup>. Wolfgang Bergsdorf sieht darin „die zentrale Bedeutung, die dem Wissen in unserer pluralistischen, von Globalisierungsängsten geschüttelten und von Globalisierungserwartungen enthusiastierten Wohlstandsgesellschaft zukommt. Zu Arbeit und Kapital tritt als dritte Quelle der Wohlstandswertschöpfung das Wissen hinzu, das anders als die beiden ersten Quellen mit Hilfe der Informationstechnologien unerschöpflich gemacht werden kann“<sup>2</sup>.

Insbesondere bei der Beschreibung der Probleme und der Herausforderungen im Bereich der beruflichen Bildung sind der Trend zur Wissensgesellschaft und die durch diesen Prozess in Gang gesetzten Strukturänderungen von unübersehbarer und entscheidender Bedeutung.

Vor diesem Erfahrungs- und Erklärungshintergrund werden im folgenden Thesen und Überlegungen dazu formuliert, wie soziale Benachteiligung im System der beruflichen Bildung angegangen und möglichst überwunden werden kann.

### **Der Trend zur Wissensgesellschaft hält unvermindert an und bestimmt gleichermaßen die Chancen und Probleme auf dem Arbeitsmarkt und in der beruflichen Bildungsszene**

Gegenwärtig erleben wir einen nachhaltigen sozial-strukturellen Wandel auf dem Arbeitsmarkt, der die Erwerbslandschaft vielfältigen und nachhaltigen Änderungen unterwirft. Der stetig steigende Anteil der Dienstleistungen an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, der bereits als „Trend zur Tertiarisierung der Wirtschaft“ apostrophiert wird, lässt neue Tätigkeitsfelder und Berufsbilder entstehen. Gleichzeitig werden aber tradierte Aufgabenbereiche verdrängt. Diese Entwicklung wird von einem zweiten „säkularen Trend“ begleitet und unterstützt, nämlich einer fortschreitenden Höherqualifikation des Arbeitskräftepotenzials. Die Bildungs- und Arbeitsmarktstatistik zeigt deutlich, dass der „Trend zur Wissensgesellschaft“ ungebrochen ist. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: So verließen im Jahr 1960 noch 17 % eines Jahrgangs das Schulsystem ohne Abschluss, 54 % mit Hauptschulabschluss und 13 % mit mittlerer Reife. Gerade 6 % verließen das allgemein-

bildende Schulwesen mit Abitur<sup>3</sup>. Hier ist jedoch darauf hinzuweisen, dass in der Zeit des Wiederaufbaus unserer Republik Vollbeschäftigung herrschte. Sowohl Schulabgänger als auch Menschen ohne Schulabschluss konnten weitgehend problemlos in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Dieses Bild hat sich in der aktuellen Situation grundlegend geändert. Zählt man zu jenen, die die allgemeinbildenden Schulen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife verlassen, noch jene hinzu, die ihre Hochschulberechtigung an beruflichen Schulen erworben haben, so erhalten mittlerweile ca. 35 % eines Jahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung. Weitere 38 % erlangen die mittlere Reife und etwa 29 % den Hauptschulabschluss. Nur noch 9 % verlassen das allgemeinbildende Schulsystem ohne jeglichen Schulabschluss.

Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)<sup>4</sup> wird sich dieser Trend auch in Zukunft weiter fortsetzen. Man geht davon aus, dass die bereits erwähnte Tendenz zur Tertiarisierung der Arbeitswelt weiter anhält. Dabei werden insbesondere die anspruchsvollen sekundären Dienstleistungen – also Forschung und Entwicklung, Organisation und Management sowie Beratung und Lehrberufe – deutlich expandieren, während die Nachfrage nach produktionsorientierten Dienstleistungen und nach einfachen primären Dienstleistungen wie Reinigung, Bewirtung, Transport u. ä. stagnieren oder sogar rückläufig sein wird.

Diese Verschiebungen auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarkts finden auch ihren Niederschlag in den Qualifikationsanforderungen an die Arbeitnehmer. Die Projektion der Qualifikationsstruktur durch das IAB ergibt, dass im Bereich der mittleren Qualifikationsebene, also mittlere Reife mit anschließender Berufsausbildung, eine starke Expansion der Beschäftigtenzahlen stattfinden wird. Der Anteil der Erwerbstätigen mit dieser Berufsbildung wird von derzeit einem Viertel auf über ein Drittel aller Erwerbstätigen im Jahr 2010 ansteigen. Gleichzeitig werden die Erwerbchancen der Geringqualifizierten weiter abnehmen, wohingegen der Anteil der Erwerbstätigen mit Hochschul- oder Fachhochschulausbildung in etwa konstant bleibt.

Die Tendenz zur Höherqualifizierung der Erwerbspersonen ist aus mehreren Gründen zunächst positiv zu beurteilen. Denn abgesehen davon, dass Bildung unabhängig von ihrer Marktgängigkeit eine eigenständige Wertigkeit besitzt, ist ein steigender Bildungsgrad auch unmittelbar mit ökonomischen und sozialen Vorteilen verbunden:

Zum einen ist eine an natürlichen Rohstoffen arme Volkswirtschaft wie die unsere gesamtwirtschaftlich geradezu darauf angewiesen, den Faktor „Wissen“ in der Wertschöpfungskette zu intensivieren, wenn unser hoher Lebens-

standard aufrecht erhalten und noch ausgebaut werden soll. Wir haben gar keine andere Wahl, als uns in der internationalen Arbeitsteilung auf die Produktion von Gütern, die mit hohem Einsatz von Wissen erzeugt werden, zu spezialisieren und den technischen Fortschritt weiter zu intensivieren.

Zweitens entlastet der durch die Wissensoffensive mögliche technische Fortschritt den Arbeitnehmer von einfachen, monotonen und körperlich anstrengenden Tätigkeiten und eröffnet ihm die Möglichkeit zu einer anspruchsvolleren, abwechslungsreicheren und eigenverantwortlichen Beschäftigung. Es ist im Sinne der Humanisierung der Arbeitswelt ohne Zweifel ein unübersehbarer Gewinn an Lebensqualität arbeitender Menschen, wenn stark belastende Tätigkeiten abnehmen und mehr und mehr kreativere, persönlich erfüllendere und attraktivere Tätigkeitsbereiche entstehen.

Schließlich ist mit einem höheren Bildungsgrad nicht nur in aller Regel ein höheres Einkommen verbunden, sondern auch ein stabileres Beschäftigungsverhältnis und eine durchgängigere Erwerbsbiographie, alles in allem also ein höherer Grad an sozialer Einbindung und gesellschaftlicher Partizipation. Dies wiederum führt in unserer nach wie vor erwerbszentrierten Gesellschaft zu einem höheren Maß an sozialer Absicherung und zu einem höheren Sozialprestige.

### **Vor allem die niedrig- und nichtqualifizierten Menschen sind die Benachteiligten und „Verlierer“ auf dem Weg in die Informations- oder Wissensgesellschaft**

Doch gibt es neben den geschilderten positiven Effekten auch die Kehrseite der Medaille, nämlich die negativen Wirkungen des Strukturwandelprozesses zur Wissensgesellschaft: Die Informationsgesellschaft kennt nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Bereits seit Anfang der 80er Jahre zeichnet sich – gleichsam spiegelbildlich zur Höherqualifizierung der Erwerbstätigen – eine zunehmende Ausgliederung der weniger Qualifizierten aus dem Erwerbsleben ab. Zwar lag der Anteil der weniger qualifizierten Arbeitslosen schon immer etwas über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, aber die Schere im Qualifikationsprofil der Arbeitslosen ging in den letzten zwei Jahrzehnten doch deutlich auseinander. Waren bis Ende der 70er Jahre etwa 6 % der Geringqualifizierten ohne Beschäftigung – bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von ca. 4 % –, so sind es Ende der 90er Jahre bereits über 24 %, bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von ca. 9,5 %<sup>5</sup>. Während sich also die durchschnittliche Arbeitslosenquote in etwa verdoppelt hat, hat sich die spezifische Unterbeschäftigungsquote der Geringqualifizierten mehr als verdreifacht.

Auch hier ist davon auszugehen, dass diese Tendenz weiter anhält. Die bereits erwähnte Studie des IAB kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Änderungen in den Berufsfeldern auch in steigenden Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten niederschlagen, während der Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften weiter sinken wird. Die stärksten Veränderungen werden sich bei Arbeitnehmern ohne abgeschlossene Berufsausbildung ergeben; es ist davon auszugehen, dass ihr Anteil von derzeit ca. 16 % der Beschäftigten auf etwa 11 % im Jahr 2010 zurückgeht. Dies bedeutet einen Verlust von 1,5 Mio. Arbeitsplätzen in diesem Segment des Arbeitsmarkts. Aber auch innerhalb der Gruppe mit abgeschlossener Berufsausbildung werden sich Anteilsverschiebungen ergeben. Die „klassische“ Kombination „Hauptschule plus Lehre“ dürfte weiter an Bedeutung verlieren zugunsten einer Kombination von mittlerer Reife und Lehre.

Geringqualifizierte sind aber nicht nur in höherem Maße von Arbeitslosigkeit bedroht; mit abnehmendem Bildungsgrad steigt auch das Risiko, in prekären Erwerbsverhältnissen beschäftigt zu sein, also in sozial unzureichend geschützten oder gering entlohnten Beschäftigungsverhältnissen.

### **Notwendig ist eine differenzierte Analyse struktureller Defizite des dualen Bildungssystems in der Bundesrepublik Deutschland**

Vor dem Hintergrund steigender Qualifikationsanforderungen im Arbeitsleben gilt unser duales System der beruflichen Bildung international als vorbildlich. Denn gerade durch die Verbindung der Lernorte Berufsschule und Betrieb können nicht nur theoretische Wissensvermittlung und praktische Ausbildung kombiniert werden, gleichzeitig wird die Integration der Auszubildenden in den Betrieb gefördert und der Übergang ins Berufsleben erleichtert. Auch die Unternehmen können davon profitieren: für sie bietet sich die Möglichkeit, weitgehend risikolos erste Erfahrungen mit potenziellen Mitarbeitern zu sammeln. Die im internationalen Vergleich relativ niedrige Quote von arbeitslosen Jugendlichen wird ja auch immer wieder als Beleg für die Effizienz unseres dualen Bildungssystems herangezogen.

Trotz seiner unbestreitbaren Leistungen lässt die erkennbare Krise auf dem Markt für geringqualifizierte Arbeitnehmer aber auch strukturelle Defizite des dualen Ausbildungssystems deutlich zu Tage treten. Die angespannte Situation am Arbeitsmarkt macht es vor allem in rezessiven Phasen für die Unternehmen schwierig, Ausbildungsplätze in der geforderten Anzahl und Qualität bereit zu stellen. Die hohe und lang anhaltende Arbeitslosigkeit schlägt damit auf den Ausbildungsmarkt durch, so dass konjunkturelle oder demographische Entwicklungen vom Ausbildungssystem rezipiert bzw. vor-

weg genommen werden. Durch die angespannte Arbeitsmarktlage wächst die Gruppe derer, die keine Ausbildung im Betrieb aufnehmen können und damit – ohne flankierende staatliche Maßnahmen – den Pool der Erwerbspersonen mit prekären Berufschancen vergrößern.

Die Bedeutung der allgemeinen Arbeitsmarktsituation für die berufliche Ausbildung wird deutlich erkennbar, wenn man die regionale Verteilung der Lehrstellensituation betrachtet. Nach den Erhebungen zur beruflichen Bildung, die im Rahmen eines größeren Forschungsprojekts erstmals für 2001 in disaggregierter Form vorliegen, befanden sich zum 31.12.2000 1,7 Mio. Personen in einer Berufsausbildung. Davon wurden bundesweit etwas mehr als 1,5 Mio., also 91 %, betrieblich ausgebildet, 150.000 Personen, also 9 %, erhielten ersatzweise eine außerbetriebliche Ausbildung. Hier sollte man darauf hinweisen, dass der relativ hohe Anteil der betrieblich Ausgebildeten mit der relativ guten konjunkturellen Situation zusammenhing.

Allerdings ist die regionale Streuung erheblich. Es zeigt sich ein signifikantes Gefälle zwischen Süd und Nord bzw. zwischen alten und neuen Bundesländern. In Bayern lernen 2 % aller Auszubildenden in außerbetrieblichen Einrichtungen, in Brandenburg ist es jeder dritte Auszubildende<sup>6</sup>. In diesen Zahlen schlägt sich in aller Deutlichkeit die Bedeutung der allgemeinen Arbeitsmarktsituation für die betriebliche Ausbildung nieder. Während in Bayern und Baden-Württemberg aufgrund der insgesamt günstigeren Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt in einigen Branchen bereits wieder ein Mangel an Bewerbern eingetreten ist, reichen in den neuen Bundesländern die betrieblichen Lehrstellen bei weitem nicht aus, um die Jugendlichen aufzunehmen, die dort eine betriebliche Ausbildung beginnen möchten.

Für die Berufschancen des Auszubildenden macht es aber einen erheblichen Unterschied, ob die Berufsausbildung betrieblich oder außerbetrieblich erfolgt. Eine betriebliche Ausbildung fördert nicht nur die Integration in das Unternehmen und garantiert in den meisten Fällen eine Übernahme, sie orientiert sich in aller Regel auch stärker an den Anforderungen der betrieblichen Praxis und bietet dem Auszubildenden somit höhere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Um nicht falsch verstanden zu werden: in vielen Fällen – beispielsweise in der Baubranche – ist die außerbetriebliche Ausbildung als *Ergänzung* zum dualen System aufgrund des häufigen regionalen Wechsels des Beschäftigungsorts und der weitgehenden Spezialisierung der ausbildenden Betriebe unverzichtbar. Problematisch ist die außerbetriebliche Ausbildung aber dann, wenn sie mangels eines betrieblichen Ausbildungsplatzes *ersatzweise* zur dualen Ausbildung stattfindet. In diesem Fall erhöht sich das Risiko erheblich, dass der Auszubildende in eine prekäre Erwerbsbiographie einmündet.

Da sich die duale Berufsausbildung an der Schnittstelle zwischen allgemeinem Schulsystem und Arbeitsmarkt befindet, schlagen sich hier neben der allgemeinen Arbeitsmarktsituation auch die Defizite des allgemeinen Bildungssystems nieder. So wissen wir aus der vielzitierten PISA-Studie, dass unser allgemeinbildendes Schulsystem nur sehr unzureichend in der Lage ist, soziale Ungleichheiten zu kompensieren. Die tradierten Stratifikationsmerkmale wie sozialer Status, Bildungsabschluss und Einkommen der Eltern sind weiterhin ausschlaggebend für den schulischen Erfolg und damit natürlich auch für die Chancen im dualen Bildungssystem.

Ein weiteres Ergebnis, das zwar schon seit längerem bekannt ist, aber erst durch die Diskussion der PISA-Studie breitere Aufmerksamkeit erfährt, ist die Bedeutung des Migrationshintergrunds für die schulische und berufliche Qualifikation. Es ist bekannt, dass ausländische Jugendliche erkennbar schwächer in das berufliche Bildungssystem integriert sind als inländische Auszubildende<sup>7</sup>. Obwohl die Bildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher in den vergangenen Jahren ständig gestiegen ist, sind ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz immer noch deutlich niedriger als bei jungen Deutschen. In Zahlen: Während Ende der 90er Jahre 68 % der deutschen Jugendlichen eine betriebliche Ausbildung erhielten, waren es bei den ausländischen gerade 39 %. Besonders betroffen sind ausländische Frauen: während von den ausländischen männlichen Jugendlichen 44 % eine Lehrstelle erhielten, waren es bei den Frauen gerade 33 %. Weiterhin ist festzustellen, dass junge Ausländer vor allem in jene Ausbildungsberufe vermittelt werden, die aufgrund ihres geringen Verdienstes, der ungünstigen Arbeitszeiten, geringer Übernahmechancen oder höherer Arbeitsplatzrisiken für jugendliche Deutsche weniger attraktiv sind, etwa im Friseur- oder Bauhandwerk. In den neuen, zukunftsweisenden Berufen sind ausländische Jugendliche massiv unterrepräsentiert; sie liegen in den neuen IT- und Medienberufen bei gerade 4 %.

Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die berufliche Partizipation ausländischer Jugendlicher bereits seit längerem stagniert und insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre rückläufig war. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, so droht die Integration ausländischer Mitbürger auf einem wichtigen Feld fehlzuschlagen. An diesem Punkt zeigt sich eine wesentliche Verbindungslinie zwischen den Zielen der Arbeitsmarkttheorie und -politik in der Bundesrepublik Deutschland auf der einen Seite und der Sozialpolitik, insbesondere der Integrationspolitik ausländischer Mitbürger, auf der anderen Seite, die von vitalem Interesse für die zukünftige Gestalt und die Entwicklungsmöglichkeiten der Sozialstruktur unseres Landes sein dürfte.



Schließlich gibt es neben der Gruppe der sozial und durch die Lage des Arbeitsmarktes strukturell Benachteiligten auch noch die sehr heterogene Gruppe der sogenannten „originär Benachteiligten“. Diese Gruppe gibt gleichsam das „klassische“ Betätigungsfeld der schulpädagogischen und sozialtherapeutischen Arbeit ab. Darunter sind Jugendliche zu verstehen, die aufgrund spezifischer individueller Problemlagen wie mangelnder Lernfähigkeit und -willigkeit, allgemeiner Motivationsdefizite oder prekären Dispositionen bis hin zur Suchtabhängigkeit oder Kriminalität Schwierigkeiten haben, sich in den Ausbildungsbereich zu integrieren.

### **Die neuere sozioethische Diskussion bietet Lösungsansätze für die Problematik der sozialen Ausdifferenzierungsprozesse: Die Initiative „Beteiligung schafft Gerechtigkeit“**

Die strukturellen Differenzierungen beim Zugang zum beruflichen Bildungssystem, wie sie oben deutlich wurden, können in einer Sozialen Marktwirtschaft, die sich dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet weiß, nicht tatenlos hingenommen werden. Gleichgültig, wie man das Ziel der sozialen Gerechtigkeit bestimmt, sei es im Hinblick auf das Verteilungsergebnis, sei es im Sinne der Prozessgerechtigkeit sozialer und ökonomischer Entwicklungsabläufe: Ungleiche Zugangsbedingungen zum Ausbildungssystem stellen in jedem Fall einen Verstoß gegen das Kriterium der Startchancengerechtigkeit dar und widersprechen damit allen gängigen Gerechtigkeitskonzeptionen. Außerdem werden in der Ausbildungsphase grundlegende Weichenstellungen für den späteren Berufsweg vorgenommen; Fehlentscheidungen und Unterlassungen haben in dieser Phase weitreichende Folgen, die kaum mehr rückgängig gemacht werden können.

Bei aller berechtigten Kritik an der außerbetrieblichen Ausbildung im Detail – sei es die Vielfalt und mangelnde Transparenz der Angebote, die unzureichende Koordination der Träger oder die Praxisferne mancher Maßnahmen – die Notwendigkeit der staatlichen Förderung im Ausbildungsbereich sollte unter den gegebenen Rahmenbedingungen unstrittig sein. Dennoch darf man sich von der Wirksamkeit dieser Maßnahmen keine übertriebenen Hoffnungen machen. Das zeigen die ersten Erfahrungen mit dem von der Bundesregierung aufgelegten Jugendsofortprogramm JUMP. Erste Auswertungen durch das IAB sind sehr ernüchternd<sup>8</sup>. So ging mehr als ein Drittel derer, die an dem Programm teilgenommen haben, danach in die Arbeitslosigkeit; und weitere 21 % unterzogen sich einer weiteren Maßnahme. Insgesamt führte also in mehr als der Hälfte der Fälle die Maßnahme nicht zur Aufnahme eines regulären Arbeitsverhältnisses im ersten Arbeitsmarkt. Le-

diglich 11 % wechselten in ein „Normalarbeitsverhältnis“, also eine unbefristete Vollzeitstelle. Auch hier ist wieder eine deutliche Ost-West-Differenz festzustellen: während der Anteil der arbeitslosen oder von weiteren Maßnahmen erfassten JUMP-Teilnehmer im Westen bei etwa 48 % liegt, sind es in den neuen Ländern fast zwei Drittel aller Teilnehmer. Das Bild verbessert sich zwar leicht, wenn man die Situation sechs Monate nach Ende der Teilnahme betrachtet – der Anteil der Vollzeitbeschäftigten steigt etwas, während der der Arbeitslosen zurückgeht; insgesamt ist die Bilanz aber unbefriedigend. Grundsätzlich stellt sich auch hier das Problem, das die gesamte Arbeitsvermittlung durchzieht: besetzt werden können nur Arbeitsplätze, die auch vorhanden sind. Bei aller Notwendigkeit zur Ausbildung und Höherqualifikation liegt der Schlüssel zur gleichberechtigten Partizipation am Erwerbsleben auf dem Arbeitsmarkt damit in den Händen derjenigen, die über die Rahmenbedingungen des ersten Arbeitsmarktes entscheiden.

Was die neuere sozialethische Diskussion dieser Thematik betrifft, insbesondere die Ansatzpunkte für kirchliche Initiativen in dieser Richtung, ist exemplarisch auf ein neues Projekt der Deutschen Bischofskonferenz in Kooperation mit katholischen Sozialverbänden und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken hinzuweisen. Es handelt sich um die Initiative „Beteiligung schafft Gerechtigkeit“<sup>9</sup>, die im Zuge des gemeinsamen Wortes der Katholischen und Evangelischen Kirche „zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Bundesrepublik Deutschland“ von 1997 konkrete Herausforderungen und Arbeitsfelder adressiert.

Vor allem das erste Dokument mit dem Titel „Zukunft von Bildung und Qualifizierung“ befasst sich mit der Frage der Bildung im Zeitalter der Wissensgesellschaft und thematisiert die bereits hier skizzierten Herausforderungen. Im wesentlichen lässt sich die Konzeption unter dem Stichwort „Lebenslanges Lernen unter der Perspektive von Beteiligungsgerechtigkeit“ in fünf zentralen Punkten konkretisieren:

### 1. Die Notwendigkeit lebenslangen Lernens

Ausgangspunkt der Diskussion ist die bereits geschilderte Entwicklung einer „Wissensgesellschaft“ mit ihren Herausforderungen und Chancen. „Beschleunigte gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die durch technischen Fortschritt und zunehmende Globalisierung hervorgerufen werden, führen dazu, dass viele Wissensbestände immer schneller veralten und ständige Anpassungen an Neuherausforderungen notwendig werden – im beruflichen wie im privaten Leben. Deshalb reichen heute die durch die Erziehung und Ausbildung in Kindheit, Jugend und frühem Erwachsenenalter erworbenen Bil-

dungsinhalte nicht mehr für das ganze Leben aus. Heute ist lebenslanges Lernen für alle erforderlich. Dieses lebenslange Lernen muss weit über das hinaus gehen was bisher unter Aus-, Fort- und Weiterbildung verstanden wird.“

Insbesondere die neueren Humankapitaltheorien erklären deutlich, wie relative Bildungsarmut, insbesondere ungleiche und ungenügende Verteilung von Bildungsressourcen, zur Entstehung von wirtschaftlicher Armut beiträgt. Schon binnen kürzester Zeit kann sich hier Reichtum in Armut verwandeln, wenn man notwendige Änderungen der Berufsbildung rund um die neuen Technologien nicht realisiert und das stetige Absinken der sogenannten „Halbwertszeit des Wissens“ im Bereich der beruflichen Bildung als Herausforderung missachtet. Deshalb folgert die Arbeitsgruppe: „Es wird von großer ökonomischer Bedeutung sein, über das ganze Berufsleben hinweg die Innovationskraft der Menschen zu stärken und durch eine längere Förderung ihrer Beschäftigungsfähigkeit die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.“

## 2. Persönlichkeitsentfaltung durch Bildung

Dieser Prozess wird als ein ganzheitliches Geschehen verstanden, in dem Normen und Wertvorstellungen zusammen mit Kulturtechniken und operationalen Einheiten im Sinne der beruflichen Bildung vermittelt werden müssen. Ein solch umfassender Bildungsbegriff vermittelt über die reine berufliche Qualifizierung hinaus eine gesamt menschliche Stärkung der Autonomie des einzelnen und bildet die Voraussetzung für ein erhöhtes Maß an Beteiligungsgerechtigkeit in einer Gesellschaft. „Bildung befähigt den einzelnen Menschen und Gruppen von Menschen zur gesellschaftlichen Beteiligung; sie vermittelt Wissen, Fähigkeiten und Haltungen, welche die Ausübung einer Erwerbsarbeit und die Teilnahme am Wirtschaftsprozess ebenso ermöglichen wie die persönliche Entfaltung des Individuums, sein Zusammenleben mit anderen in familiären, nachbarschaftlichen und freundschaftlichen Netzen sowie die Teilhabe als Mitglied der sozialen und politischen Gesellschaft.“ Wichtig ist hier die Feststellung, dass die personale, ganzheitliche Dimension von Lernen und Bildung nicht in einem Widerspruch zur ökonomischen Zielsetzung steht, sondern angesichts der gewachsenen intellektuellen und kreativen Herausforderungen insbesondere im Bereich hochqualitativer Dienstleistungen ein anerkanntes Qualifikationsziel ist. „Die große Bedeutung der Persönlichkeitsentwicklung für die beruflichen Kompetenzen ist inzwischen allgemein anerkannt.“

### 3. Neuorientierung der Bildungspolitik

Als Konsequenz der dargestellten ganzheitlichen Bildungskonzeption und des lebenslangen Lernens entsteht die Forderung einer neuen Bildungspolitik, welche die gesamte Biographie eines Menschen „von Kindesbeinen an“ betrifft. Daraus resultiert zuerst die Forderung nach einer Stärkung der Erziehungskompetenz von Familien, da lebenslanges Lernen in der Familie beginnt, Kinder hier ihr prägendes Weltwissen und erste Sinnorientierungen sowie Maßstäbe für ihr Handeln erhalten, und somit die Familie zum zentralen Ansatzpunkt und ersten Vermittler gesamtgesellschaftlicher Bildung wird. Konsequente Forderungen aus dieser Einsicht ergeben sich insbesondere in Richtung auf die Weiterentwicklung der vor- und außerschulischen Bildungsarbeit in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, eine Verbesserung von familialen Betreuungssystemen und insbesondere das Ernstnehmen des Bildungsauftrags von Kindergarten und Vorschule. Nicht zuletzt hat die viel beschworene PISA-Studie erneut auf den familialen Zusammenhang einer erfolgreichen Bildungspolitik hingewiesen. Darüber hinaus weist die Studie darauf hin, dass die Ausrichtung des Pflichtschulbereichs auf die Erfordernisse eines lebenslangen Lernens von zentraler Bedeutung ist. „Lebenslanges Lernen beginnt nicht erst nach dem Schulabschluss oder der Berufsausbildung. Bereits das schulische, aber auch das vor- und außerschulische Lernen und die berufliche Erstausbildung sind Bestandteile des lebenslangen Lernens und legen wesentliche Grundlagen.“

### 4. Stärkere Förderung der Bildungsnachfrage

Eine der markanten, aber auch viel diskutierten Thesen des Dokuments ist die Forderung, im Sinne der Perspektive der Beteiligungsgerechtigkeit eine stärkere Subventionierung der Nachfrage in der Gestaltung des Bildungsmarktes zu favorisieren. Der Gedanke einer Verlagerung der bildungspolitischen Subventionierung von der Anbieter- zur Nachfragerseite, verbunden mit effektiven Unterstützungsmaßnahmen für die Nachfrager auf dem „Bildungsmarkt“, ist durchaus diskussionswürdig und dürfte einen interessanten Beitrag zur öffentlichen Debatte leisten. Natürlich muss in einem solchen „Modell einer stärker marktorientierten Steuerung des Bildungswesens“ die Frage zur Diskussion gestellt werden, wie nicht nur das Bildungssystem in sich stärker auf den Nachfrager hin ausgerichtet werden kann, und damit seine Bedürfnisse, Möglichkeiten und Fähigkeiten ins Zentrum gerückt werden, sondern auch und vor allem, wie insbesondere niedrigqualifizierte, orientierungslose und überforderte Marktteilnehmer eines solchen Bildungsmarktes in die Lage versetzt werden, ihre Nachfragefunktion optimal zu de-

finieren und auszuüben, sich also in dem Szenario eines Bildungsmarktes zurechtzufinden und behaupten zu können.

## 5 Bildung im Dienst des Gemeinwohls

Schließlich legt das Diskussionspapier einen deutlichen Akzent auf die gesamtgesellschaftliche Relevanz des Bildungssektors. „Bildung steht im Dienst des Gemeinwohls und der Gerechtigkeit“ lautet die zentrale These. Trotz der in der Regel effizienteren und schnelleren Koordination von Kommunikationsprozessen in marktgesteuerten Systemen sieht die Arbeitsgruppe mit aller Deutlichkeit die Gefahren einer reinen Ökonomisierung des Bildungssektors, vor der Kardinal Karl Lehmann bereits als „verhängnisvoller Industrialisierung des Bildungswesens“ gewarnt hat. Deshalb ist der Hinweis berechtigt, dass eine stärker marktorientierte Steuerung möglicherweise unerwünschte Folgen haben könnte. „Es kann sein, dass bestimmte Inhalte und Bildungsformen zu kurz kommen. Im ungünstigsten Fall kann eine zu stark akzentuierte Ökonomisierung des Bildungssektors dazu führen, dass Monopole entstehen und Personengruppen, die ohnehin schon benachteiligt sind, eine zusätzliche Ausgrenzung erfahren. Deshalb ist es die Aufgabe des Staates, neben der Finanzierung aus Steuermitteln dem Bildungsmarkt eine Rahmenordnung zu geben, die dafür sorgt, dass über die ökonomischen Zwecke hinaus die nichtökonomischen Ziele der Bildung, nämlich die Bereitstellung eines Bildungssystems zur Förderung der Autonomie des Einzelnen, zur Erhaltung der Grundlagen des demokratischen Gemeinwesens mit einem möglichst hohen Maß an Beteiligungsgerechtigkeit erreicht werden.“

### Fazit: Die stete berufliche Qualifizierung als Aufgabe

Ein entscheidendes Strukturproblem der Arbeitslosigkeit in den hochentwickelten Industrieländern am Übergang zur Wissensgesellschaft ist die berufliche Qualifikation. Nur hochqualifizierte Arbeitnehmer bieten das Anforderungsprofil, das zur Erstellung hochwertiger Produkte und Dienstleistungen, und damit zur gleichzeitigen Sicherung eines entsprechend hohen Lebensstandards in modernen Volkswirtschaften erforderlich ist. Ein wesentlicher Ansatzpunkt zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit besteht deshalb in einer möglichst guten Ausbildung und stetigen Verbesserung der Qualifikation der Mitarbeiter, insgesamt in der systematischen und möglichst intensiven Förderung des – in zweifelhafter Lyrik – sogenannten "Humankapitals."

Zwei knappe Hinweise sollen abschließend die dramatisch gewachsene Bedeutung beruflicher Qualifikation sowohl für die persönlichen beruflichen

Entwicklungsmöglichkeiten als auch für die Arbeitsmarktproblematik moderner Volkswirtschaften verdeutlichen:

1. Die sog. Halbwertszeit des Wissens in diversen naturwissenschaftlichen Zweigen, insbesondere bei den ingenieurwissenschaftlichen Fächern beträgt heute durchschnittlich 2 bis 4 Jahre. Das bedeutet: Bereits nach einer solch kurzen Zeitspanne von 4 Jahren ohne berufliche Praxis kann ein beruflicher Wiedereinstieg einem Neubeginn in der beruflichen Qualifizierung gleichkommen.

2. Im Jahr 1992 hat in der Bundesrepublik erstmals die Zahl der Studierenden die Zahl der Auszubildenden überschritten. Diese Entwicklung besitzt nur auf den ersten Blick ein erhöhtes Überraschungsmoment. Bei näherem Hinsehen zeigt sich hier ein logisches und nachvollziehbares Indiz: Die neuen, drastisch gestiegenen Anforderungen an die berufliche Bildung der Mitarbeiter spiegeln den Strukturwandel in der modernen Volkswirtschaft wider, der zur Erstellung hochwertiger Produkte und Dienstleistungen ein neues Qualifikationsniveau erfordert.

### **Das soziale Netz muss gespannt bleiben**

Doch gerade an diesem Punkt wird auch die Aporie des Übergangs deutlich: Mit dem gewachsenen Anforderungsprofil auf dem Feld der beruflichen Qualifikation entsteht auch eine wachsende Zahl von Menschen, die „nicht mitkommen“, und die aufgrund einer Kombination von persönlichen, gesellschaftlichen und biografischen Merkmalen und Gründen entweder überhaupt den Einstieg in die Arbeitswelt nicht schaffen oder das herrschende Tempo nicht mithalten können.

Auch in absehbarer Zukunft wird es in den hochentwickelten Industrieländern einen relativ hohen Sockelbetrag an Arbeitslosigkeit geben. Dieser Sockelbetrag erklärt sich aus einer variablen Kombination der bereits genannten Ursachen. Insbesondere die traditionellen Problemgruppen des Arbeitsmarktes werden davon betroffen sein, darunter (1.) Menschen ohne Berufsabschluß, und/oder mit mangelnder Flexibilität oder Mobilität, (2.) Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderte, (3.) Langzeitarbeitslose, die länger als 1 Jahr arbeitslos waren, (4.) ältere Arbeitnehmer, die 55 Jahre und älter sind und Arbeitslose, die von mehreren dieser Risikofaktoren gleichzeitig betroffen sind.

Für sie alle muß im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft ein soziales Netz gespannt sein, das ihnen in ihrer Notlage die Sicherung der Existenzgrundlage und die solidarische Unterstützung der Gemeinschaft garantiert. Niemand,

auch nicht der Schwächste in der Gesellschaft, darf durch dieses soziale Netz ins Bodenlose fallen.

Der Geist dieser Solidarität spiegelt sich im übrigen nicht nur in den bekannten Standarddokumenten der Sozialethik. Er findet sich ebenso im § 1 des Bundessozialhilfegesetzes, wo für alle diejenigen Menschen, die durch die Sozialversicherungssysteme nicht aufgefangen werden, als Ziel der Sozialhilfe beschrieben wird, „dem Empfänger die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“ (§1 Abs. 2 BSHG).

Arbeit ist mehr als ein ökonomisches Problem, sie ist „der entscheidende Dreh- und Angelpunkt der sozialen Frage“ (Laborem Exercens 3,2), weil sie „Ausdruck menschlicher Personalität“ ist. Darum erfordert das Risiko der Arbeitslosigkeit – vor allem für schwer vermittelbaren Personengruppen – auch weiterhin die Instrumente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Diese muß zwei strategischen Anforderungen genügen:

1. Prävention ist besser und billiger als Heilung. Deshalb ist eine effektive wachstumsorientierte Vollbeschäftigungspolitik, die Arbeitslosigkeit möglichst schon im Ansatz mit wirtschaftspolitischen Strategien verhindert, besser als Arbeitslosenunterstützung, die mit sozialpolitischen Mitteln die Notlage abfedert.

2. Im Fall der Arbeitslosigkeit muß in der Sozialen Marktwirtschaft – auch am Übergang zur Wissensgesellschaft – die wirtschaftliche und soziale Existenzgrundlage durch das System der sozialen Sicherheit gewährleistet sein.

Bildung und Beruf wurden in früheren Jahrhunderten im Zusammenhang gesehen. Für Pestalozzi (1746–1827) war die Berufsbildung „die Pforte zur Menschenbildung“. Erziehung sollte über den Beruf zu innerer Würde und geistiger Identität führen. Ein Gleichgewicht von Theorie und Praxis, von Bildung und Beruf strebte der große Dichterstern Johann Wolfgang von Goethe an. „Wilhelm Meister“ – der Name ist Programm! Im 20. Jahrhundert schließlich integrierte Georg Kerschensteiner (1854–1932) Bildung, Arbeit und Beruf in eine zeitgerechte Pädagogik. Den „Belehrungsbetrieb“ der allgemeinbildenden Schulen mit ihren unverdaubaren Wissensaggregaten kritisierte er in seiner „Selbstdarstellung“ (1926) wie folgt: „Die mit Wissensstoffen schön patinierten 13jährigen Kinderköpfe erschienen bei der Revision am Ende des 16. Lebensjahres wie blankpolierte hohle Kupferkessel. Die Patina war eine unctione, und drei Jahre Wind und Wetter des praktischen Lebens genügten, sie zu zerstören.“

Dass dieses Schicksal dem Anliegen der beruflichen Bildung am Übergang zur Wissensgesellschaft nicht blüht, das muss unser aller Sorge sein.

## **Anmerkungen**

- 1 Vgl. Robert E. Lane, *The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society*, in: *American Sociological Review*, (1966) 5, S. 650 ff.
- 2 Wolfgang Bergsdorf, *Die Universität in der Wissensgesellschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, 1. Juli 2002, B 26/2002, S. 20.
- 3 Die folgenden Daten wurden entnommen aus Reinberg/Hummel: *Stillstand ist Rückschritt*, IAB Kurzbericht Nr. 8 vom 18.4.2001.
- 4 Kurzfassung: IAB Kurzbericht Nr. 10 vom 27.8.1999. Die Langfassungen finden sich in Weidig u.a., *Arbeitslandschaft 2010 nach Tätigkeiten und Tätigkeitsniveau*, BeitrAB 227 (1999) und Barth u.a., *Die Bundesrepublik Deutschland 2005, 2010, 2020*, Prognos Report Nr. 2, Basel 1998.
- 5 Die folgenden Angaben sind entnommen aus Rauch/Reinberg, *Qualification and Employment Opportunities*, IABTopics Nr. 38 (2000).
- 6 Quelle: BIBB-Forschung 4/2001.
- 7 Die folgenden Angaben entstammen Granato, *Qualifizierungspotenziale in Deutschland nutzen: Jugendliche mit Migrationshintergrund und berufliche Ausbildung*.
- 8 Quelle: Dietrich, H.: *JUMP. Das Jugendsofortprogramm*, IAB-Werkstattbericht vom 26.02.2001.
- 9 Der Text dieses Dokumentes befindet sich im Internet unter: [www.beteiligung-schafft-gerechtigkeit.de](http://www.beteiligung-schafft-gerechtigkeit.de)

## **Zur Person des Verfassers**

Dr. theol. Dr. rer. pol. Anton Losinger, Weihbischof in der Diözese Augsburg.